

Datenschutzinformationen für Kinder, Schüler und ihre Eltern, Erziehungsberechtigten

Diese Informationen beziehen sich auf die Datenverarbeitung des Ungarndeutschen Bildungszentrums (im Folgenden: UBZ) als Mehrzweckinstitution der Allgemeinbildung.

Das UBZ verarbeitet Daten über die Rechtsstellung der Kinder und Schüler gemäß Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, des Gesetzes 2011: CXII über das Recht der informationellen Selbstbestimmung und über die Informationsfreiheit, sowie gemäß des Gesetzes 2011: CXC über die nationale öffentliche Erziehung und der Verordnung des Ministeriums für Humanressourcen über die Tätigkeit und über die Namensbenutzung der Erziehungs- und Bildungsinstitutionen Nr. 20/2012 (VIII.31.). Das UBZ behandelt personenbezogene Daten vertraulich und trifft alle sicherheitsrelevanten, technischen und organisatorischen Maßnahmen, um die Sicherheit der Daten zu gewährleisten.

Ziel dieses Dokuments ist es, die vom UBZ angewandten Datenschutzgrundsätze, sowie die Datenschutzpolitik des UBZ festzulegen, in Bezug auf die Verarbeitung von Daten, die sich auf Personen beziehen, die in einem Ausbildungsverhältnis mit der Schule stehen.

Verantwortlichkeit

Verantwortliche ist das UBZ als Mehrzweckinstitution der Allgemeinbildung. Der Verantwortliche ist die juristische Person, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet.

Bezeichnung:	Ungarndeutsches Bildungszentrum
Zentrale E-Mail-Adresse:	titkarsag@mnamk.hu
Telefonnummer:	+36 (06) 79 520 930
Adresse:	6500 Baja, Duna utca 33.
Der Datenschutzbeauftragte:	adatvedelem@mnamk.hu

Grundsätze der Verarbeitung

Im Sinne dieses Dokuments bezeichnet der Ausdruck „personenbezogene Daten“ alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt identifiziert werden kann. Die vom UBZ als Mehrzweckinstitution der Allgemeinbildung verarbeiteten Daten des Kindes/Schülers und der Eltern/Erziehungsberechtigten gelten als personenbezogene Daten.

In bestimmten Fällen ist die Verarbeitung, Speicherung und Übermittlung von einem Teil der angegebenen Daten gesetzlich vorgeschrieben, darüber wird eine gesonderte Mitteilung versendet.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben a), c) und e) der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates gilt:

Ausdrückliche Einwilligung: nicht obligatorische Verarbeitungen, die mit freiwilliger Einwilligung der betroffenen Person erfolgen.

Die Einwilligung muss in jedem Fall freiwillig und frei von äußeren Einflüssen erfolgen, und muss (abrufbar) erfasst werden, so dass eine fehlende Einwilligung niemals zu einer Benachteiligung der betroffenen Person führen kann. Wichtig ist, dass die Einwilligung zur Datenverarbeitung jederzeit und ohne Einschränkungen widerrufbar ist.

Erfüllung der rechtlichen Verpflichtung: jede Verarbeitung von Daten zur Einhaltung der geltenden Rechtsvorschriften.

Unter rechtlicher Verpflichtung ist jede Rechtsvorschrift der Europäischen Union oder ungarische Rechtsvorschrift, sowie jede behördliche Entscheidung zu verstehen, sofern sie im Hinblick auf die Verarbeitung der Daten hinreichend präzise ist und angemessene Garantien für die betroffene Person bietet.

Verarbeitung im öffentlichen Interesse: jede Datenverarbeitung, die nicht unter die im vorstehenden Punkt genannte Rechtsgrundlage fällt, die aber für die Verfolgung oder den Schutz eines öffentlichen Interesses im Zusammenhang mit der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe erforderlich und gerechtfertigt ist.

Im Sinne dieses Dokuments ist unter einer Verarbeitung im öffentlichen Interesse die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit einer Tätigkeit zu verstehen, die gesetzlich dazu ermächtigt und für das ordnungsgemäße Funktionieren des UBZ und die reibungslose Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist.

Zwecke der Verarbeitung

Das UBZ verarbeitet nur solche Daten des Kindes/Schülers und der Eltern/Erziehungsberechtigten, die für (i) die Begründung, (ii) die Durchführung, (iii) die Änderung, (iv) die Beendigung des Rechtsverhältnisses, die damit zusammenhängende Verwaltung, die Kommunikation mit den Behörden, die Führung der erforderlichen Aufzeichnungen und für die Gewährleistung der körperlichen, geistigen, seelischen und sittlichen Entwicklung der Kinder und Schüler, sowie für den Schutz vor entwicklungsbeeinträchtigenden ökologischen und sozialen Auswirkungen bzw. vor gesundheitsschädlichen Stoffen erforderlich sind.

Dauer der wichtigsten Datenverarbeitungen

Die in den Aufzeichnungen über die Bildungstätigkeit enthaltenen Daten werden 10 Jahre nach Beendigung des Rechtsverhältnisses gelöscht.

Die Daten über die Aufnahme und die Übernahme werden 20 Jahre lang aufbewahrt. Der Aufbewahrungszeitraum für die Stammbblätter, Ersatzstammbblätter und Eintragungsbücher ist unbegrenzt (sie werden deshalb nicht gelöscht).

Disziplinar- und Entschädigungssachen der Schüler, Klassenbücher, Gutachten, Vorschläge und Empfehlungen von Fachberatern und Sachverständigen, sowie Prüfungsprotokolle werden 5 Jahre nach dem Datum der Aufzeichnung gelöscht.

Die Daten von Tests, Klassenarbeiten, Prüfungsarbeiten und die Daten der Abiturprüfungen, Berufsprüfungen und Qualifikationsprüfungen werden 1 Jahr lang gespeichert.

Datensicherheit

Zum Schutz Ihrer personenbezogenen Daten hält das UBZ entsprechende Datenschutzvorschriften ein, darunter zu verstehen sind angemessene und in einem angemessenen Verhältnis zu den Risiken stehende Grundvoraussetzungen der Datensicherheit, sowie die Art und Bedingungen der Anwendung.

Das UBZ gewährt den Mitarbeitern nur im für das Arbeitsfeld unbedingt erforderlichen Maß Zugang zu persönlichen Daten, um so das Risiko einer unrechtmäßigen Datenverarbeitung zu verringern.

Die Bearbeitungsstationen, die zur Verwaltung der elektronisch verarbeiteten Daten genutzt werden, sind vom UBZ mit starken Passwörtern geschützt, und die besonders sensiblen Daten werden verschlüsselt behandelt.

Das UBZ schützt die IT-Systeme mit einer Firewall, und verwendet einen Virenschoner und eine Antiviren-Software, um externe und interne Datenverluste zu verhindern.

Bei der Datenverarbeitung achtet das UBZ besonders auf die sichere Speicherung, Verarbeitung und Übermittlung der Daten, auf die Verhinderung des unrechtmäßigen Zuganges, auf das Management von Inzidenzfällen, sowie auf die Schulung seiner Nutzer im Bereich Datenschutz.

Ihre Rechte als betroffene Person

Als betroffene Person haben Sie die unten aufgeführten Rechte. Im Weiteren bezeichnet der Begriff „betroffene Person“ Sie als Elternteil/Erziehungsberechtigte sowie **Ihr Kind, das in einem Rechtsverhältnis mit dem UBZ steht**, und der Begriff „Verantwortlicher“ das **UBZ**.

Recht auf Information

Die Übermittlung der Informationen erfolgt schriftlich – einschließlich auf elektronischem Wege – und mündlich.

Der Inhalt der Informationspflichten für Sie als betroffene Person ist in Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) festgelegt.

Der Verantwortliche benachrichtigt neben der Behörde auch die betroffene Person unverzüglich von der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten, wenn diese Verletzung voraussichtlich zu einem hohen Risiko führt. Die detaillierten Vorschriften zur Benachrichtigung der betroffenen Person über die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten sind in Artikel 34 der DSGVO festgelegt.

Auskunftsrecht

Die betroffene Person hat das Recht, eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf folgende Informationen:

- a) die Verarbeitungszwecke;
- b) die Kategorien personenbezogener Daten;
- c) die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, falls es solche gibt;
- d) die geplante Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer;
- e) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der sie betreffenden Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- f) das Bestehen eines Beschwerderechts bei der Aufsichtsbehörde.

Der Verantwortliche stellt der betroffenen Person eine Kopie der personenbezogenen Daten unentgeltlich zur Verfügung, vorausgesetzt, dass die Rechte und Freiheiten anderer Personen davon nicht beeinträchtigt werden.

Bei offenkundig unbegründeten oder – insbesondere im Fall von häufiger Wiederholung – exzessiven Anträgen einer betroffenen Person kann der Verantwortliche ein angemessenes Entgelt verlangen.

Der Verantwortliche stellt die Informationen spätestens innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags zur Verfügung.

Recht auf Berichtigung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen.

Recht auf Löschung

In bestimmten, in Artikel 17 der DSGVO aufgeführten Fällen der Verarbeitung (z.B. wenn die Einwilligung widerrufen wurde und keine andere Rechtsgrundlage besteht), hat die betroffene Person das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

In bestimmten, in Artikel 18 der DSGVO aufgeführten Fällen der Verarbeitung hat die betroffene Person das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen.

Widerspruchsrecht

Die betroffene Person hat das Recht, gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen, falls dafür Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e) die Rechtsgrundlage bildet, also die Verarbeitung im öffentlichen Interesse liegt.

Im Falle eines Widerspruchs darf der Verantwortliche die personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die gegenüber den Interessen, Rechten und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Veranschaulichung der Anwendbarkeit der Rechte der betroffenen Personen

Um Ihnen einen Überblick über Ihre Durchsetzungsmöglichkeiten zu geben, sind in der nachstehenden Tabelle die Rechte zusammengefasst, die bei den wichtigsten Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung anwendbar sind.

Recht der betroffenen Person <i>Rechtsgrundlage</i>	Information (Artikel 13-14 der DSGVO)	Auskunft (Artikel 15 der DSGVO)	Berechtigung (Artikel 16 der DSGVO)	Löschung (Artikel 17 der DSGVO)	Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 der DSGVO)	Widerspruch (Artikel 21 der DSGVO)
Einwilligung (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a) der DSGVO)	Anwendbar	Anwendbar	Anwendbar	Anwendbar	Anwendbar	Nicht anwendbar
Rechtliche Verpflichtung (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c) der DSGVO)	Anwendbar	Anwendbar	Anwendbar	Nicht anwendbar	Anwendbar	Nicht anwendbar
Die Verarbeitung liegt im öffentlichen Interesse (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a) der DSGVO)	Anwendbar	Anwendbar	Anwendbar	Nicht anwendbar	Anwendbar	Anwendbar

Recht auf Einlegung eines Rechtsbehelfs

Wenn der Verantwortliche die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Person verletzt, kann die betroffene Person sich an das Gericht wenden. Das Gericht handelt in der Sache außer der Reihe. Wenn die betroffene Person sich an das Gericht wendet, leitet das am Wohnort oder Aufenthaltsort der betroffenen Person zuständige Gericht das Verfahren ein.

Wenn im Zusammenhang mit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten eine Rechtsverletzung erfolgt, oder die unmittelbare Gefahr einer Rechtsverletzung besteht, können Sie bei der Nationalen Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit eine Beschwerde unter den folgenden Kontaktangaben einlegen:

1055 Budapest, Falk Miksa utca 9-11.

Postanschrift: 1363 Budapest, Pf. 9.

Telefon: +36 (1) 391-1400

E-Mail-Adresse: ugyfelszolgalat@naih.hu

Es ist ratsam, die Beschwerde an das UBZ zu senden, bevor ein Verfahren eingeleitet wird, damit das Problem schnell und effizient behoben werden kann.

Wenn Sie Fragen, Beschwerden oder Wünsche haben, können Sie sich an den *Datenschutzbeauftragten* des UBZ unter folgender E-Mail-Adresse wenden: adatvedelem@mnamk.hu.

Dieses Dokument ist im zentralen Verwaltungsbüro des UBZ zugänglich. Das UBZ behält sich das Recht vor, diese Informationen für die Zukunft einseitig zu ändern. Die betroffenen Personen werden über die Änderungen auf dem üblichen Weg benachrichtigt.

Erklärung des Elternteils/Erziehungsberechtigten

Identifizierungsdaten	
Kind/Schüler	Elternteil/Erziehungsberechtigter (Anmelder)
Name:	Name:
Geburtsdatum:	Geburtsdatum:
Geburtsort:	Geburtsort:

Ich, der/die Unterzeichnende erkläre, dass ich diese Datenschutzinformationen gelesen und zur Kenntnis genommen habe.

Ich erkläre, dass alle Fragen, die ich bezüglich der Verarbeitung von Daten hatte, bei Erhalt dieser Informationen beantwortet wurden. Der Verantwortliche hat mich über die Möglichkeit und Weise informiert, auf der das Dokument zu einem späteren Zeitpunkt eingesehen werden kann.

Mir ist bekannt, dass ich jederzeit kostenlos eine Kopie über die geltenden Informationen auf dem von mir angegebenen Weg anfordern kann.

Baja, den

.....
Unterschrift des Elternteils/Erziehungsberechtigten